



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

09. Januar 2023

Äthiopien

Armee startet neue Offensive gegen Oromo-Milizen

Die Ethiopian National Defense Forces (ENDF) haben am 03.01.23 eine erneute Militäroperation gegen die Oromo Liberation Army (OLA-Shane) im südlichen Oromia angekündigt. Mehrere Dörfer, die seit Jahren unter der Kontrolle der OLA gestanden hätten, wären bereits befreit worden. Auch die Regierung des Regionalstaates Oromia drohte der OLA mit einer „organisierten Strafverfolgungsmaßnahme“. Der Schwerpunkt des koordinierten Vorgehens der Sicherheitskräfte liegt in den Zonen West- und Ost-Guji und Borana.

Zwar haben äthiopische Parlamentsabgeordnete einen Friedensschluss mit der OLA gefordert, ähnlich dem Abkommen mit der Tigray People's Liberation Front (TPLF) im November 2022, und verwiesen auf eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft der als terroristisch eingestuften OLA. Allerdings kündigten führende Vertreter Oromias bereits an, keine Verhandlungen mit der militanten Organisation führen zu wollen.

In den letzten Wochen hat die Intensität der Kampfhandlungen in Oromia unter Beteiligung von Regierungskräften, der OLA-Shane (vgl. BN v. 15.11.22) sowie regionalen Milizen zugenommen. Es wird von Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürlichen Tötungen, Vertreibungen, Zerstörungen und Plünderungen von allen Beteiligten berichtet (vgl. BN v. 15.11.22, 12.12.22 u. 19.12.22).

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 05.01.23 hat laut einer Meldung des afghanischen Exil-Pressemediums Hasht-e Sub das pakistanische Militär Luftangriffe auf Stellungen der pakistanischen Taliban (Tehrik-e Taliban Pakistan, TTP) in der afghanischen Provinz Nangarhar geflogen. Weder die pakistanische Regierung noch die Taliban kommentierten dies bisher. Am selben Tag sind Kämpfe zwischen Grenzsoldaten Pakistans und den Taliban am Grenzübergang Torkham gemeldet worden. Die pakistanischen Soldaten sollen einen afghanischen Zivilisten erschossen haben. Laut Medienberichten vom 05.01.23 haben die Taliban bei einer konzertierten Aktion Unterschlüpf des Islamischen Staats der Khorasan Provinz (ISKP) in der Hauptstadt Kabul und der Provinz Nimroz ausgehoben. Dabei wurden acht ISKP-Mitglieder getötet und neun weitere festgenommen. Diese sollen u.a. an dem Anschlag auf den militärischen Teil des Flughafens in Kabul vom 01.01.23 beteiligt gewesen sein (vgl. BN v. 02.01.23). Der ISKP hatte sich am 02.01.23 zu diesem Anschlag bekannt.

Regierungsführung und Verfolgungslage

Laut einem Medienbericht des afghanischen Exil-Pressemediums Hasht-e Sub vom 05.01.23 haben die Taliban ein ehemaliges Mitglied der Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte Afghanistans (ANDSF) in der Provinz Baghlan festgenommen, gefoltert und anschließend öffentlich aufgehängt. Es soll sich dabei um eine Racheaktion gehandelt haben. Laut einer Meldung der BBC vom 16.12.22 sollen die Taliban den historischen Namen der Stadt

Charikar in der Provinz Parwan in „Imam Abu Hanifah“ geändert haben. Verschiedene Beobachter sehen darin eine bewusste Zurückdrängung des persischen Einflusses in Afghanistan durch die Taliban. Imam Abu Hanifa war ein Jurist im 8. Jahrhundert und ist der Begründer der sunnitischen Hanafi-Rechtsschule, welcher die Taliban folgen. Laut einem Medienbericht des afghanischen Exil-Pressemediums Hasht-e Sub vom 07.01.23 hat das lokale Tugendministerium der Taliban in der Provinz Zabul das Zurschaustellen und Aufhängen von Bildern von lebenden Geschöpfen verboten. Dieses Verbot beinhaltet sogar das Aufhängen von Fotos von Talibanführern. Zuwiderhandlungen würden streng bestraft. Laut einem Medienbericht des afghanischen Exil-Pressemediums Hasht-e Sub vom 03.01.23 haben die Taliban einen jungen Mann in der Provinz Ghor festgenommen, weil er sich auf Facebook kritisch gegenüber dem Universitäts-Verbot der Taliban für Frauen geäußert hatte.

Algerien

Aktion gegen LGBTIQ-Farben gestartet

Am 03.01.23 startete laut verschiedenen Medienberichten das Handelsministerium zusammen mit den neun Regionaldirektionen und den 58 Wilayas (Bezirken) des Landes eine als nationale Sensibilisierungskampagne bezeichnete Aktion gegen die Nutzung von LGBTIQ-Farben. Es handelt sich dabei um Produkte, auf denen die Regenbogenfarben angebracht sind, wodurch die Religion und die moralischen Werte des algerischen Volkes untergraben würden. Diese Aktion soll bis zum 10.01.23 dauern.

Bangladesch

Rohingyas in Cox's Bazar gezielt getötet

Am 07.01. und 08.01.23 wurden innerhalb von zwölf Stunden zwei Rohingya in Flüchtlingslagern in Cox's Bazar getötet. Bei den Getöteten handelte es sich um Lagervorsteher. In beiden Fällen suchten die Täter die Opfer an ihren Wohnstätten auf, um sie gezielt zu töten.

Bolivien

Festnahme des Oppositionspolitikers Camacho, Proteste mit gewaltsamen Auseinandersetzungen dauern an

Bereits am 28.12.22 war der rechtskonservative Oppositionspolitiker und Gouverneur des Bundesstaats Santa Cruz Luis Fernando Camacho festgenommen worden. Ihm wird Terrorismus sowie eine führende Rolle bei den Protesten gegen den ehemaligen, linken Staatspräsident Evo Morales und dessen Sturz im November 2019 vorgeworfen. In diesem Zusammenhang war bereits im Juni 2022 die ehemalige Übergangspräsidentin Jeanine Áñez zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Bereits seit Wochen demonstrierten die Menschen in Santa Cruz unter Führung von Camacho gegen die Verschleppung einer Volkszählung, nach der der Provinz voraussichtlich höhere Steuereinnahmen sowie mehr Parlamentssitze zugestanden hätten. Durch die Festnahme Camachos verschärfen sich die Spannungen mit der linken Regierung unter Luis Arce weiter, es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Unterstützenden Camachos und staatlichen Sicherheitskräften. Das Büro der lokalen Staatsanwaltschaft und weitere Gebäude sind durch Demonstrierende in Brand gesteckt, Straßen sowie der Flughafen blockiert worden. Es wurden vier Monate Untersuchungshaft gegen Camacho wegen Terrorismus in Verbindung mit dem vermeintlichen Staatsstreich 2019 verhängt, er war zuvor laut Behördenangaben mehrmaligen Vorladungen der Staatsanwaltschaft zur Aussage nicht nachgekommen. Gleichzeitig wird gegen ihn wegen eines 36-tägigen Streiks im Oktober und November 2022 ermittelt, bei dem mindestens vier Menschen zu Tode gekommen sind und es ebenfalls zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen ist. Im Rahmen der aktuellen gewaltsamen Proteste sind bisher mindestens 42 Personen festgenommen worden, die Demonstrationen für die Freilassung Camachos dauerten Anfang Januar 2023 an.

Brasilien

Angriff auf Regierungsgebäude in Brasília

Am 08.01.23 stürmten in der Hauptstadt Brasília Anhängerinnen und Anhänger des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro den Platz der drei Gewalten, den Praça dos Três Poderes, und drangen in das Kongressgebäude, das Oberste Gericht und in den Regierungssitz Palácio do Planalto ein. Scheiben wurden eingeschlagen, Mobiliar und Kunst zerstört, Sitzungssäle und Büros besetzt. Die Angriffe wurden live auf Instagram und Facebook gestreamt. Auf einem Video ist zudem zu sehen, wie ein Polizist zu Pferd tätlich angegriffen wurde. Viele Eindringlinge trugen die Farben gelb und grün, schwenkten die brasilianische Flagge und forderten auf Transparenten u.a. die Armee auf, zugunsten des ehemaligen Präsidenten zu intervenieren. Nach mehreren Stunden konnten die Sicherheitskräfte die Gebäude wieder unter Kontrolle bringen. Die Militärpolizei rückte mit Reiterstaffeln und gepanzerten Fahrzeugen auf den Praça dos Três Poderes vor, Spezialkräfte setzten Tränengas ein, Hubschrauber umkreisten die Regierungsgebäude. Justizminister Flavio Dino teilte mit, dass bisher rd. 230 Verdächtige festgenommen wurden, Gouverneur Ibaneis Rocha bezifferte die Zahl hingegen auf 400. Bereits Tage vor den Angriffen kampierten zahlreiche Bolsonaro-Anhängerinnen und Anhänger vor dem Hauptquartier der Streitkräfte. Am 07.01. und 08.01.23 trafen rd. 4.000 weitere Unterstützende des ehemaligen Präsidenten in Bussen in Brasília ein und zogen ungehindert zum Regierungsviertel. Nach Kritik an den Sicherheitskräften entließ Rocha den Sicherheitschef der Hauptstadt, Anderson Torres. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf einer offiziellen Reise im Bundesstaat Sao Paulo befand, ordnete per Dekret an, dass die Bundesregierung vorerst die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit in der Hauptstadt übernimmt. Der ehemalige Präsident Bolsonaro, der sich aktuell in den USA aufhält, äußerte sich mehrere Stunden nach dem Angriff auf Twitter und verurteilte die Ausschreitungen. Bolsonaro hatte nach seiner Wahlniederlage am 30.10.22 seine Anhängerinnen und Anhänger zum Kampf gegen Präsident Lula aufgerufen. Er wies jedoch die Vorwürfe des Präsidenten, zu dem Angriff ermutigt zu haben, zurück.

Côte d'Ivoire

Begnadigung für ivorische Soldaten und Soldatinnen

Die noch am 30.12.22 nach einem zweitägigen Prozess durch die malische Justiz zu 20-jährigen Haftstrafen bzw. zu Todesstrafen verurteilten 49 ivorischen Soldaten und Soldatinnen (vgl. BN v. 02.01.23) wurden begnadigt. Die malische Regierung hatte ihnen Söldnertum vorgeworfen und sie seit dem 10.07.22 festgehalten. Juntachef und Übergangspräsident Assimi Goïta erließ ihre Strafen per Dekret vom 06.01.23 vollständig. Die 46 bislang noch in Haft befindlichen Soldaten konnten am 07.01.23 nach Côte d'Ivoire zurückkehren. Togos Staatspräsident Faure Gnassingbé soll am 04.01.23 in Bamako für die Begnadigung geworben haben.

Laut der zugehörigen Medienberichterstattung hatten die malische Junta die Angelegenheit zu einer Demonstration der Souveränität des Landes erhoben, nach eigenen Angaben einem Kardinalprinzip, was sich in ihrer Politik gegenüber Frankreich, der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und gar der UN-Blauhelmission MINUSMA geäußert habe. Auch die Beziehungen zwischen Mali und Côte d'Ivoire, welcher die Junta vorgeworfen hatte, treibende Kraft bei ECOWAS-Sanktionen nach den Militärputschen gewesen zu sein, hatten unter der Angelegenheit weiter gelitten. Der Präsident von Côte d'Ivoire, Alassane Ouattara, kündigte im Zuge des Empfangs der zurückgekehrten Soldaten eine Normalisierung der Beziehungen mit dem „Bruderland“ Mali an.

DR Kongo

Maniema: Menschenrechtsverteidiger wegen Aktivismus bedroht; Haftbedingungen im Zentralgefängnis Kalima

Ein nationaler Menschenrechtsverteidiger gab gegenüber dem UN-Informationsradio Okapi an, dass dieser am 04.01.23 von Polizeibediensteten zeitweilig festgehalten, mit dem Tode bedroht und misshandelt wurde, weil er Informationen zur Genehmigung von angeblich generell zahlungspflichtigen Besuchen des Zentralgefängnisses von Kalima (Provinz Maniema) einholen wollte. Okapi berichtete Anfang 2022 über die dortigen Haftbedingungen, die u.a. von unzureichender Nahrungs-, Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung geprägt sind.

Lomami: Fest- und Inhaftnahme zweier Radio-Chefredakteure durch ANR wegen kritischen Sendungsinhaltes

Medienberichten zufolge wurden zwei Chefredakteure des privaten Lokalradiosenders Shilo FM am 05.01.23 in Lubao (Provinz Lomami) vom Inlandsgeheimdienst (ANR) wegen des Vorwurfes der Verleumdung fest- und in Geheimdiensthaft genommen. Die Verleumdungsvorwürfe stehen laut der Beobachtungsstelle für Pressefreiheit in Afrika (Olpa) im Zusammenhang mit einer von Shilo FM ausgestrahlten Erklärung des Vorsitzenden der lokalen Zivilgesellschaft, Crispin Lumami Tshite, am 04.01.23. Tshite habe über die Existenz eines inoffiziellen Haftortes am Sitz des lokalen ANR-Leiters berichtet, wo eine Frau für zwei Tage festgehalten worden sein soll. Die NGO Fondation Bill Clinton Pour La Paix berichtete Ende August 2022, dass vom ANR in der Vergangenheit betriebene inoffizielle Hafteinrichtungen, in denen Personen in Incommunicado-Haft genommen und besonders harten Haftbedingungen und körperlichen Misshandlungen unterworfen wurden, trotz der Schließungsanordnung von Staatspräsident Félix Tshisekedi nach Amtsantritt weiterhin in Betrieb und voller inhaftierter Personen seien (vgl. BN v. 29.08.22).

Anhaltende Rekrutierung und Einsatz von Kinderkombattanten in den Konfliktprovinzen

Laut Okapi kritisierte die Aktionsgruppe zur Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten (GADERES) am 04.01.23 die anhaltende Rekrutierung und den Einsatz von Kinderkombattanten in den östlichen Kivu-Provinzen sowie der Provinz Ituri durch nichtstaatliche Akteure. Der GADERES-Vorsitzende, der sich auf Kinderschutzorganisationen berief, warf der weiterhin in Nord-Kivu aktiven Rebellengruppe Mouvement 23-Mars (M23) vor, im Juli 2022 mit der Rekrutierung von Kindern als Soldatinnen und Soldaten in den Territorien Rutshuru, Lubero, Walikale und Masisi begonnen zu haben. Die in Ituri operierenden ethnisch ausgerichteten Fraktionen der Miliz Coopérative de développement du Congo (CODECO), die Miliz Zaïre und die Force de défense contre la balkanisation du Congo (FDBC), würden ebenfalls Kinderkombattanten einsetzen, ebenso wie die sich aus Banyamulenge zusammensetzende und in Teilen Süd-Kivus operierende Selbstverteidigungsgruppe Twigwaneho.

Ituri, Territorium Mahagi: Kämpfe zwischen CODECO und Zaïre mit gravierenden Folgen für die Zivilbevölkerung

Die anhaltenden und angeblich Mitte November 2022 ausgebrochenen bewaffneten Kampfhandlungen zwischen den verfeindeten Milizen CODECO und Zaïre in Gebieten des Mahagi-Territoriums (Ituri), die an das Territorium Djugu (Ituri) angrenzen, umfassen laut Medienberichten Bestrafungs- und Vergeltungsmaßnahmen gegen die örtliche Zivilbevölkerung. Laut Presseberichterstattung der letzten Wochen kam es immer wieder zu Toten unter der Zivilbevölkerung. Die Vereinigung LORI beschuldigte am 03.01.23 die Miliz Zaïre, allein in den letzten fünf Monaten geschätzt 64 Zivilpersonen in den Gebieten Walendu Watsi und Tatsi getötet zu haben. Seit Ausbruch der Kämpfe seien bereits mehrere tausend Häuser niedergebrannt worden und Anfang Januar 2023 wurden mehr als 50.000 intern Vertriebene erwähnt, deren Lage als prekär beschrieben wird.

Gambia

Neue Einzelheiten zu den vereitelten Staatsstreichplänen; weitere Inhaftnahmen und erste Anklagen

Laut Regierung wurden im Zusammenhang mit den am 20.12.22 angeblich vereitelten Plänen für einen Staatsstreich zwei Zivilpersonen und ein Polizeiunterinspektor wegen „Verabredung zur Begehung eines Verbrechens“ und „Nichtanzeige von Hochverrat“ angeklagt und in Untersuchungshaft genommen (vgl. BN v. 02.01.23). Den Angeklagten droht im Falle ihrer Verurteilung wegen „Nichtanzeige von Hochverrat“ – ein Straftatbestand, bei dem keine Freilassung auf Kautionsinfrage kommt – gem. Art 36 des gambischen Strafgesetzbuches (CC) eine lebenslängliche Freiheitsstrafe. Laut Regierung wurde gegen sieben in Untersuchungshaft sitzende Soldaten und einen weiterhin flüchtigen Soldaten Anklage wegen Hochverrats gem. Art. 35 CC erhoben. Diese nicht kautionsfähige Straftat wird entweder mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Haft bestraft. Das gegen Momodou Sabally, aktueller Wahlkampfleiter der Hauptoppositionspartei United Democratic Party (UDP), geführte staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren sei zwischenzeitlich eingestellt worden. Sabally wurde für fast zwei Wochen unter umstrittenen Umständen und ohne Anklage festgehalten (vgl. BN v. 02.01.23) und es gab in den Medien Gerüchte über eine Anklage wegen Hochverrats im Zusammenhang mit den angeblichen Staatsstreichplänen. Die Regierung teilte zuletzt weitere Einzelheiten zu den angeblich vereitelten Staatsstreichplänen mit – darunter, dass die mutmaßlichen Putschisten die Geiselnahme von hohen Regierungsbeamten und Kabinettsmitgliedern geplant hätten, um eine ausländische Intervention zu verhindern.

Indien

Kaschmir: Mutmaßliche Rebellenangriffe

Am 02.01.23 wurden in Dhangri im Distrikt Rajouri im indischen Teil Kaschmirs bei einer Explosion zwei Kinder getötet und mindestens fünf weitere Zivilpersonen verletzt. Einen Tag zuvor sollen zwei bewaffnete Männer wahllos das Feuer auf drei Häuser in Dhangri eröffnet haben. Nach Polizeiangaben seien bei diesem Vorfall vier Zivilpersonen getötet und ebenfalls mindestens fünf Personen verletzt worden. Die Polizei macht bewaffnete Rebellen für die beiden Angriffe verantwortlich. Der Ort des Geschehens ist in der Nähe der durch Kaschmir verlaufenden hochmilitarisierten Grenzlinie (Line of Control, LoC) gelegen, die Kaschmir zwischen Indien und Pakistan aufteilt. Die Opfer der beiden Vorfälle waren hinduistische Glaubensangehörige, von denen Dhangri mehrheitlich bewohnt wird. Nach den Vorfällen kam es in Dhangri zu Protesten.

Irak

Vorfall in Sulaimaniyya

Am 30.12.22 kam es in Kurdistan in Sulaimaniyya zu einem Vorfall im Zusammenhang mit einem Biker-Event. Eine 17-Jährige, angeblich iranische Staatsangehörige, wurde wegen ihrer „unkeuschen“ Kleidung von einem Mob gejagt und von mehreren Männern getreten und verletzt. Ein Mann, der versuchte, sie zu verteidigen, soll niedergestochen worden sein, was er überlebt habe. Der Vorfall wurde durch hochgeladene Videos in der Öffentlichkeit bekannt. Die kurdische Polizei nahm 16 Beteiligte fest und stellte in großer Zahl Messer und Schwerter sicher. Der Vorfall wird allseits als inakzeptabel bezeichnet.

Waffengesetzgebung in Kurdistan

Am 03.01.22 rief das kurdische Innenministerium dazu auf, privat besessene Feuerwaffen zu registrieren. 2022 war mit dem Waffengesetz 2 eine Übergangsfrist gewährt worden, die im Juli 2023 endet. Anschließend sollen unregistrierte Waffen als illegal betrachtet werden. Die Registrierung soll die nicht unerhebliche private Waffengewalt, v.a. im Kontext von Familienfehden und Ehrenmorden, reduzieren.

Iran

Hinrichtungen zweier Aktivisten

Am 07.02.23 wurden zwei Aktivisten gehängt. Beide wurden beschuldigt, im Rahmen der Proteste am Tod eines Mitgliedes der Basij-Miliz beteiligt gewesen zu sein. Die Hinrichtung sorgte national und international für erhebliches Aufsehen. Weiterhin gibt es Demonstrationen sowie Massenverhaftungen von Regimegegnern.

Demonstrationen am Jahrestag des Todes von Qasem Soleimani

Am 03.01.23 war der dritte Jahrestag des Todes von Qasem Soleimani, dem damaligen Kommandanten der Revolutionsgarden. Wie in den vergangenen Jahren gab es große Kundgebungen der Anhänger des Regimes, in denen Rache für seinen Tod gefordert und geschworen wurde. In diesem Jahr wurde sein Tod auch auf den Demonstrationen gegen das Regime thematisiert. So wurden Bilder von Qasem Soleimani öffentlich verbrannt oder zeigten ihn mit Blut übergossen. In Sprechchören wurden er und seine Strategie zur Ausweitung des militärischen und geopolitischen Gewichts Irans in der Region verantwortlich gemacht für Instabilität, den Tod syrischer Zivilisten und Kriegsverbrechen. Ebenso wurden die umfangreichen außenpolitischen Aktivitäten des Regimes und die damit verbundenen erheblichen Kosten in Anbetracht der sozialen Not im Land thematisiert.

Kolumbien

Waffenstillstand mit ELN ausgesetzt

Die Regierung setzte am 04.02.23 einen Waffenstillstand mit der Guerillagruppe Ejército de Liberación Nacional (ELN) aus. Zuvor hatten Angehörige der Rebellengruppe dementiert, dass sie bereits auf eine beiderseitig verpflichtende Waffenruhe geeinigt hätten. Kolumbiens Präsident Gustavo Petro hatte im Dezember 2022

mitgeteilt, seine Regierung habe mit mehreren bewaffneten Gruppen eine Waffenruhe bis Ende Juni 2023 vereinbart, darunter auch mit der ELN (vgl. BN v. 02.01.23). Innenminister Prada kündigte an, dass der Waffenstillstand bei der nächsten Runde der Friedensgespräche am 23.01.23 in Mexiko diskutiert werde und rief die ELN dazu auf, sich in der Zwischenzeit zu einer Feuerpause zu verpflichten.

Kosovo

Schüsse auf Serben

Medienberichten vom 06.01.23 zufolge schoss ein kosovo-albanischer Angehöriger der Kosovo Security Force außerhalb seiner Dienstzeit in dem Dorf Gotovuša/Gotovushë von seinem Auto aus auf zwei Kosovo-Serben und verwundete sie. Eines der Opfer ist minderjährig. Die Verletzten wurden in ein Krankenhaus eingeliefert und sind außer Lebensgefahr. Die Polizei hat den Täter verhaftet, er wird des versuchten Mordes verdächtigt. Der Vorfall verschärft erneut die Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien, nachdem es bereits Ende 2022 zu Unruhen gekommen war (vgl. BN v. 12.12.22).

Libanon

Zusammenstöße in Kahlde

Am 03.01.23 kam es bei einer Festnahme in Kahlde zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Mitgliedern der Ghosn-Familie. In der Region hatte es mehrfach Schusswechsel und andere Gewaltausbrüche zwischen den Familien Ghosn und Nawfal gegeben. Die Verhaftung stand wahrscheinlich in Zusammenhang mit einem Angriff auf einige Ladengeschäfte der rivalisierenden Familie.

Stromversorgung

Laut verschiedener libanesischer Medien ist die Stromversorgung nun in eine besonders kritische Phase getreten. Obwohl großen Teilen des Landes nur ein bis zwei Stunden Strom zur Verfügung gestellt werden, ist nach derzeitigem Stand mit einem Ende der Brennstoffvorräte binnen zwei Wochen zu rechnen. Für den Ankauf von Brennstoff aus mehreren vor der Küste kreuzenden Tankern gibt es derzeit keine Freigabe für die notwendigen kurzfristigen Darlehen. Der Hintergrund ist eine politische Auseinandersetzung zwischen dem derzeitigen Übergangsministerpräsidenten Mikati und der Freien Patriotischen Bewegung. Es ist scheinbar unklar, wie eine dafür erforderliche Ausnahmegenehmigung legal umsetzbar ist, ohne von dieser verhindert zu werden.

Untersuchung zum Tod eines irischen Blauhelmsoldaten

Am 06.01.23 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen sieben Beschuldigte im Zusammenhang mit den tödlichen Schüssen auf einen UN-Konvoi am 14.12.22 (vgl. BN v. 19.12.22). Von den sieben Beschuldigten ist derzeit lediglich einer in Haft, der von der Hisbollah, die die Region, in der der Vorfall stattfand, kontrolliert, an die Armee ausgeliefert worden war.

Libyen

Weiteres Massengrab in Sirte entdeckt

Am 01.01.23 verkündeten die Behörden, man habe in der Küstenstadt Sirte ein weiteres Massengrab mit 18 Personen gefunden. Ebenso wie bei dem bereits im Oktober 2022 entdeckte Massengrab (vgl. BN v. 10.10.22) sollen die 18 Toten in Zusammenhang mit der IS-Herrschaft in Sirte stehen, die von August 2015 bis Dezember 2016 andauerte.

Gewaltsame Auseinandersetzungen in Al-Ajailat

Am 03.01.23 soll es in der westlibyschen Stadt Al-Ajailat zu gewaltsamen Zusammenstößen gekommen sein. Die Menschen wurden angewiesen, von Fenstern und Türen zurückzubleiben und ihre Häuser nicht zu verlassen. Angaben zu möglichen Opfern und an Kämpfen beteiligten Personen oder Gruppen sind bisher nicht bekannt.

Mali

Zwei zeitgleiche Terrorangriffe unweit von Bamako

Am Abend des 02.01.23 ereigneten sich in der Region Koulikoro zwei simultane Terroranschläge durch bewaffnete Angreifer auf Motorrädern. Wie Medien zum Teil unter Berufung auf ein Communiqué des Sicherheitsministeriums berichten, kamen bei dem einen Angriff auf einen Posten der Zivilen Sicherheitskräfte in Markacoungo, rd. 80 km östlich Bamakos, zwei Mitarbeiter des Postens und drei Zivilisten ums Leben. Bei dem anderen, vom Sicherheitsministerium nicht erwähnten Angriff auf eine Mautstation in Kassala, rd. 30 km östlich der Hauptstadt, wurde ein Zöllner derselben sowie ein Beschäftigter einer daneben befindlichen Einheit der Naturschutzbehörde getötet. In Kassala wird die Maut zur Einfahrt in die Hauptstadt erhoben. Die al-Qaida nahestehende Gruppe zur Unterstützung des Islams und der Muslime (JNIM) bekannte sich zu beiden Anschlägen.

Sowohl Kassala (Kreis Kati) als auch Markacoungo (Kreis Dioila) befinden sich entlang der wichtigen Verbindungsstraße zwischen Bamako und Ségou im südwestlichen Landesteil, welcher laut der Berichterstattung verhältnismäßig selten von Terrorangriffen betroffen ist. Mitte Juli 2022 war es allerdings bereits zu einem Angriff auf einen Kontrollposten entlang derselben Straße zwischen den beiden dieses Mal betroffenen Orten (vgl. BN v. 18.07.22) und am 22.07.22 zu einem Angriff auf Militärstützpunkt Kati (vgl. BN v. 01.08.22) gekommen. Mit den Angriffen näherte sich der dschihadistische Terror einem Medienbericht zufolge Bamako an, wo es seit 2016 keinen Anschlag mehr gab.

Mexiko

Drogenkrieg: Festnahme eines Sohnes von „El Chapo“ und nachfolgende Gewalteskalationen

Am 05.01.22 ist Ovidio Guzmán López (alias El Ratón), ein Sohn des inhaftierten Drogenbosses Joaquín Guzmán (alias El Chapo), außerhalb der Hauptstadt Culiacán des Bundesstaates Sinaloa im Rahmen einer Militär- und Polizeioperation festgenommen worden. Bei anschließenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern seiner Teilgruppe des Sinaloa-Kartells, Los Chapitos, und Angehörigen staatlicher Sicherheitskräfte sind laut Verteidigungsminister Sandoval mindestens 29 Menschen getötet worden, davon zehn Militärangehörige und mutmaßlich 19 Personen der organisierten Kriminalität. Daneben wurden 35 Militärangehörige verletzt und 21 mutmaßliche Mitglieder des Kartells festgenommen. Medienberichten zufolge seien auch Zivilpersonen verletzt worden und es kam in den 24 Stunden nach der Verhaftung zu zahlreichen Racheaktivitäten mutmaßlicher Kartellmitglieder in Culiacán und anderen Städten Sinaloas, darunter Schießereien, brennende Straßenblockaden, mehr als 250 gestohlene Privatwagen, Übergriffe auf Medienschaffende und einen Überfall auf den Flughafen von Culiacán. Schulen, öffentliche Gebäude und Flughäfen wurden zeitweise geschlossen und die Menschen aufgefordert in ihren Häusern zu bleiben. Ovidio Guzmán verbleibt zunächst im Altiplano-Hochsicherheitsgefängnis, eine sofortige Auslieferung in die USA wurde am 06.01.22 durch einen Bundesrichter ausgesetzt.

Gefängnisüberfall in Ciudad Juárez mit 19 Toten; Tod eines Anführers der Los Mexicles

Nach einem bewaffneten Überfall auf ein Gefängnis in Ciudad Juárez im nördlichen Bundesstaat Chihuahua am 01.01.23, bei dem 19 Menschen getötet worden und etwa 30 Inhaftierte geflohen sind, sind bei der Suche nach den flüchtigen Gefangenen am 02.01.23 weitere sieben Personen getötet worden, darunter zwei Polizeibeamte. Am 05.01.22 ist zudem mit Ernesto Alberto Piñón de la Cruz, alias El Neto, ein Anführer der kriminellen Vereinigung Los Mexicles, die dem Sinaloa-Kartell als bewaffneter Arm dienen, bei Auseinandersetzungen im Rahmen seiner Festnahme tödlich verletzt worden.

Montenegro

Regierungskrise: Vorgezogene Neuwahlen immer wahrscheinlicher

Laut Medienberichten werden vorgezogene Parlamentswahlen in Montenegro immer wahrscheinlicher, nachdem am 04.01.23 Gespräche zur Bildung einer neuen Regierung innerhalb der derzeitigen Parlamentsmehrheit erneut gescheitert sind. Der Vorschlag des Parlaments vom 29.12.22, den Ex-Diplomaten Miodrag Lekic zum neuen

Premierminister zu wählen (vgl. BN v. 07.11.22 u. 15.11.22), wurde von der regierenden Bürgerbewegung United Reform Action (URA) unter dem nur noch geschäftsführend im Amt tätigen Premierminister Dritan Abazovic sowie von der Sozialistischen Nationalen Volkspartei (SNP) abgelehnt, da ausreichend transparente Pläne für eine neue Kabinettsstruktur nicht präsentiert worden seien. Damit blieben die von den Mitgliedern der Regierungsmehrheit seit dem Zusammenbruch der Regierung Abazovic im August 2022 (vgl. BN v. 22.08.22 u. 05.09.22) unternommenen Bemühungen zur Regierungsbildung ohne Ansetzen von Neuwahlen weiter erfolglos. Laut Medienmitteilung des Abgeordneten und Parteiführers der Demokratischen Front (DF), Andrija Mandic, sollten zunächst die fehlenden Verfassungsrichter gewählt werden (vgl. BN v. 07.11.22) und sich dann Parlamentspräsidentin Danijela Djurovic und Staatspräsident Milo Djukanovic darauf einigen, vorgezogene Parlaments- und reguläre Präsidentschaftswahlen gleichzeitig abzuhalten. Laut Medienbericht sei die von der Verfassung bis Ende Januar 2023 vorgesehene Ausrufung von Präsidentschaftswahlen wegen bestehender Beschlussunfähigkeit des Verfassungsgerichts als höchste Rechtsinstanz bei Wahlunregelmäßigkeiten problematisch (vgl. BN v. 15.11.22).

Myanmar

Massenamnestie zum Unabhängigkeitstag

Anlässlich des 75. Jahrestags der Unabhängigkeit Myanmars von der britischen Krone am 04.01.23 entließ die Militärjunta nach eigenen Angaben 7.012 Menschen aus der Haft. Darunter befanden sich von den UN als glaubwürdig eingestuften Schätzungen zufolge bis zu 300 politische Gefangene. Noch am selben Tag wurden landesweit jedoch erneut 22 Personen aus politischen Gründen verhaftet. Aktuell beläuft sich die Zahl der seit dem Militärputsch am 01.02.21 festgenommenen politischen Gefangenen auf 13.272.

Prozess gegen Suu Kyi abgeschlossen

Am 30.12.22 endete der seit Juni 2021 andauernde Schauprozess der Militärjunta gegen die entmachtete Regierungschefin Aung San Suu Kyi mit den letzten Schuldsprüchen in insgesamt 19 Verfahren und der Verurteilung zu weiteren sieben Jahren Haft. Damit drohen der 77-jährigen Suu Kyi, die bereits ankündigte, in Berufung gehen zu wollen, nun 33 Jahre Gefängnis u. a. wegen Korruption, Anstiftung zum Aufruhr und der Einfuhr von Walkie-Talkies.

Pakistan

Zwei Geheimdienstbeamte getötet; TTP droht Regierung

Am 03.01.23 wurden im Bezirk Khanewal in der Provinz Punjab zwei Beamte des Geheimdienstes erschossen. Zur Tat bekannte sich niemand. Einer der Getöteten soll der Leiter der Abteilung für Terrorismusbekämpfung gewesen sein, die u.a. für die Ermittlung gegen Mitglieder der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), auch bekannt als pakistanische Taliban, zuständig ist. In einer am 04.01.23 veröffentlichten Erklärung drohte die ideologisch den afghanischen Taliban nahestehende TTP führenden Regierungspolitikern und warnte vor „konkreten Maßnahmen“. Premierminister Shehbaz Sharif und Außenminister Bilawal Bhutto Zardari wurden ausdrücklich genannt.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Ein Toter bei Auseinandersetzung mit israelischem Militär

Am 03.01.22 erschoss das israelische Militär einen Palästinenser in der Ortschaft Betlehem, im südlichen Teil des Westjordanlandes. Angaben des Militärs zufolge sei das Feuer eröffnet worden, nachdem palästinensische Personen die Militärsangehörigen mit Steinen, Spreng- und Brandsätzen beworfen hätten.

Peru

Neuwahlen 2024; Wiederaufnahme der Proteste; Angriff auf Medienschaffenden; Ermittlungen gegen Regierung

Bereits am 20.12.22 wurde eine Verfassungsreform, mit der die Präsidentschafts- und Parlamentswahl auf April 2024 vorgezogen wird, durch den Kongress beschlossen. Dennoch haben die Proteste im Zuge der soziopolitischen Krise nach einer zweiwöchigen Demonstrationspause zum Jahresende in der ersten Januarwoche wieder begonnen; seither wurden laut Angaben des Gesundheitsministeriums mindestens 40 Personen verletzt. Insgesamt gab es im Rahmen der Proteste laut nationaler Ombudsstelle bisher 28 Tote. Die Pressevereinigung APEP rief die Behörden zudem auf, die Verantwortlichen für die Verletzung eines Fotojournalisten, der eindeutig als Pressevertreter erkennbar war und über die Proteste in Juliaca berichtete, zu ermitteln. Die Generalstaatsanwaltschaft hat nach eingereicherter Beschwerde der Kongressabgeordneten Luque zudem Ermittlungen wegen möglicher Verantwortlichkeit für im Zuge der Proteste getöteten Personen gegen Staatspräsidentin Boluarte und weitere hochrangige Personen des Staats- und Sicherheitsapparates aufgenommen.

Somalia

Mehrere Tote bei Bombenanschlägen

Bei zwei Autobombenanschlägen wurden am 04.01.23 in der Stadt Mahas (Region Hiiraan) mindestens 35 Menschen getötet und mindestens 40 weitere verletzt. Bei der Mehrheit der Opfer handelt es sich um Zivilpersonen. Ziel des Anschlags sollen die Häuser von Mumin Mohamed Halane, dem Bürgermeister Mahas, und Mohamed Abukar Jacfar, einem Mitglied des Bundesparlaments, gewesen sein. Al-Shabaab hat sich zu dem Anschlag bekannt. Al-Shabaab soll auch für einen Angriff auf einen Armeestützpunkt nahe der Stadt Runirgod (Region Middle Shabelle) am 06.01.23 verantwortlich sein, bei dem mindestens sieben Soldaten und mehrere Angreifer getötet worden sein sollen. Nach Angaben der Armee sei die Stadt die letzte Hochburg der militanten Gruppierung in der Region.

Entführungen von Zivilpersonen

Berichten zufolge soll al-Shabaab in der Region Hiiraan wieder vermehrt Zivilpersonen entführen. So sollen am 02.01.23 in der Nähe von Dheenweyne neun Zivilpersonen und am 04.01.23 in der Nähe von Beledweyne 20 Landwirte des Hawadle-Clans entführt worden sein.

Senegal

Mehrere Demonstrationen verliefen friedlich und ohne Zwischenfälle; weitere Entwicklung im Falle Niangs

Medienberichten zufolge verliefen im Zeitraum vom 30.12.22 bis 08.01.23 mehrere Demonstrationen verschiedener zivilgesellschaftlicher und oppositioneller Akteure friedlich und ohne Eingreifen der Sicherheitskräfte. Demonstrierende forderten die Freilassung des wegen mehrerer Straftaten angeklagten und zuletzt abermals festgenommen, regierungskritischen Journalisten Pape Ale Niang (vgl. BN. 02.01.23), dessen Gesundheitszustand sich wegen seines fortgesetzten Hungerstreiks und wegen der Verweigerung medizinischer Versorgung weiter verschlechtert habe. Niangs Antrag auf vorläufige Freilassung sei am 03.01.22 abgelehnt worden. Mehreren Medienberichten zufolge protestierten u.a. auf Demonstrationsaufruf der größten Oppositionskoalition Yewwi Askan Wi (YAW) am 29.12. und am 30.12.22 in Dakar etwa hundert Menschen gegen Unregelmäßigkeiten und Missmanagement bei der Verwaltung des Unterstützungsfonds „FORCE COVID-19“, über die der senegalesische Rechnungshof Mitte Dezember 2022 berichtet hatte. Während diese beiden behördlicherseits im Voraus zugelassenen und von einem großen Polizeiaufgebot begleiteten Demonstrationen am Place de la Nation stattfinden konnten, sei eine von der YAW für den 06.01.23 geplante Demonstration mit gleicher Zielsetzung und identischem Demonstrationsort behördlicherseits untersagt worden. Das mit aktuellen Bauarbeiten begründete Demonstrationsverbot wurde organisationsseitig respektiert und die Demonstration verschoben.

Abgeordnete wegen Körperverletzung zu Freiheitsstrafen verurteilt

Medienberichten zufolge hat ein Gericht in Dakar mit Urteil vom 01.02.22 die beiden Oppositionsabgeordneten Amadou Niang und Massata Samb in absentia wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu jeweils sechs Monaten

Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt und u.a. dem Opfer ein Schmerzensgeldanspruch in Höhe von fünf Mio. CFA-Francs (ca. 7.700 EUR, Stand: 05.01.23) zugesprochen. Die seit dem 15.12.22 in Haft befindlichen Parlamentarier, beide Mitglieder der zu YAW gehörenden Parti de l'Unité et du Rassemblement (PUR), hätten während einer bildlich aufgezeichneten Parlamentsitzung am 01.12.22 die angeblich schwangere Abgeordnete Amy Ndiaye Gniby von der regierende Koalition Benno Bokk Yakaar wegen Äußerungen gegen den PUR-Parteiführer Moustapha Sy körperlich angegriffen. Die Anwälte, die den Prozess wegen der parlamentarischen Immunität ihrer Mandanten ablehnten, kündigten Anträge auf Berufung und vorläufige Freilassung an.

Sudan

Erneute Demonstrationen

Angaben einer ärztlichen Vereinigung zufolge seien am 05.01.23 bei friedlichen Demonstrationen gegen die Militärregierung in Khartum 111 Personen durch das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte verletzt worden. Insgesamt sei es zu 30 Festnahmen gekommen. Einige der behandelten Verletzungen seien auf den Einsatz von Tränengas, Gummigeschossen und mit Glassplittern versehene Projektile zurückzuführen. Zudem seien zwei Personen von Fahrzeugen des Militärs erfasst und verletzt worden. Die Vereinigung der Notfallärzte des Sudan warf der Militärregierung vor, das Recht auf friedliche Demonstration verletzt zu haben.

Am 06.01.23 gab das Komitee Sudanesischer Lehrer (STC) bekannt, dass es für drei Wochen, vom 08.01. bis 28.01.23, zu einem Streik der Lehrkräfte und damit zur Schließung der Schulen kommen werde. Ein Treffen mit dem Minister für Finanzen und Wirtschaft verlief aus Sicht des STC nicht zufriedenstellend, weshalb man zu dieser Maßnahme gegriffen habe. Die Forderungen des STC, u.a. den Lohn der Lehrkräfte anzuheben, lehnte das Ministerium bereits mehrfach ab.

Südsudan

Kämpfe in Jonglei State

Medienberichten zu Folge kam es am 06.01. und 07.01.23 zu Kämpfen in den Regionen Uror und Duk, bei denen mindestens 14 Menschen getötet worden seien. Nach Angaben des Kommissars des Bezirks Uror hätten bewaffnete Jugendliche am 06.01.23 mehrere Angriffe in verschiedenen Teilen der Region zu verantworten. Im Bezirk Duk sei es am 07.01.23 zu mehreren Angriffen ähnlicher Art gekommen. Vertreter beider Regionen gehen davon aus, dass die angreifenden Jugendlichen aus der Greater Pibor Administrative Area (GPAA) gekommen seien. Lokale ethnische Gruppierungen haben bereits angekündigt, die Angreifer zu verfolgen, um das bei den Angriffen entwendete Vieh zurück zu holen.

In den vergangenen Wochen kam es in Jonglei State bereits zu massiven Kämpfen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen mit zahlreichen Todesopfern (vgl. BN v. 02.01.23).

Syrien

Nordwesten: Proteste nach politischer Annäherung

Berichten zufolge protestierten am 06.01.23 tausende Menschen in von Rebellen kontrollierten Teilen Aleppos und Idlibs gegen kürzlich in Moskau stattgefundenen Gespräche der Verteidigungsminister Syriens, Russlands und der Türkei. Die Rebellen befürchten, eine Annäherung zwischen Damaskus und Ankara könne negative Konsequenzen für sie haben.

Tage zuvor hatte Abu Mohammed al-Golani, Anführer der in der Region tonangebenden Rebellenfraktion Hayat Tahrir al-Sham (HTS), vor einer solchen Annäherung gewarnt und seine Kämpfer aufgerufen, sich für einen langen Kampf mit den syrischen Regierungstruppen vorzubereiten.

Türkei

Abschiebungen

Am 07.01.23 teilte das Präsidium für Migrationsmanagement mit, dass zwischen dem 01.01. und 05.01.23 insgesamt 1.028 Geflüchtete abgeschoben worden seien. In diesem Zeitraum seien zudem 1.889 Geflüchtete an der Einreise in die Türkei gehindert worden. Laut dem Präsidium befinden sich weitere 20.497 Geflüchtete in Rückführungszentren.

Verhaftungen wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen

Am 07.01.23 gab das Verteidigungsministerium bekannt, insgesamt zehn Personen an der Grenze zu Griechenland verhaftet zu haben, die der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verdächtigt werden. Darunter befanden sich acht Personen, die verdächtigt werden, der Gülen-Bewegung anzugehören, sowie zwei Personen, die der PKK angehören sollen.

Während des Jahres 2022 sollen in der Provinz Edirne, an der Grenze zu Griechenland, nach Angaben des Verteidigungsministeriums insgesamt 1.263 Personen vom türkischen Grenzschutz festgenommen worden sein, die der Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen verdächtigt wurden. Unter den festgenommenen Personen sollen 939 Mitglieder der Gülen-Bewegung, 289 Mitglieder der PKK sowie 39 Mitglieder anderer Terrorgruppen gewesen sein.

Tunesien

Verfahren gegen LGBTIQ-Aktivist*innen eingestellt

Wie Presseartikel berichten, hat ein Berufungsgericht am 02.01.23 entschieden, dass die Strafverfolgung eines queeren Aktivist*innen in einem medial stark präsenten LGBTIQ-Fall juristisch falsch war. Die NGO Damj, die sich in der queeren Community engagiert, und ein Justizsprecher gaben an, dass die Anklage wegen eines Verfahrensfehlers eingestellt worden sei. Der Fall datiert aus dem Jahr 2015, als sechs Studenten wegen des Vorwurfs der Sodomie angeklagt, zu drei Jahren Haft verurteilt und aus der Region Kairouan verbannt wurden.

Uganda

Festnahme von Oppositionsunterstützenden

Am 30.12.22 seien Medienberichten zufolge 30 Oppositionsunterstützende in Kampala festgenommen worden. Die Mitglieder verschiedener Oppositionsgruppierungen versammelten sich, um auf inhaftierte oder vermisste Oppositionsunterstützende aufmerksam zu machen. Die Polizei stufte die Zusammenkunft als unangemeldet und daher illegal ein. Es ist unklar, wie viele Oppositionelle sich derzeit in Haft befinden oder vermisst werden. Die Opposition National Unity Platform geht von 25 Unterstützenden aus, die seit 2020 vermisst werden.

Ukraine

Entwicklung des Kriegsgeschehens

Ungeachtet einer durch Russlands Präsidenten Wladimir Putin angeordneten 36-stündigen einseitigen Waffenruhe unter Bezugnahme auf das christlich-orthodoxe Weihnachtsfest am 06.01./07.01.23 dauert das Kriegsgeschehen unverändert an. Laut Medienberichten liegt der Schwerpunkt der Kampfhandlungen nach wie vor im ostukrainischen Gebiet Donezk (vgl. BN v. 02.01.23), ukrainischen Angaben zufolge sei die seit Monaten schwer umkämpfte Stadt Bachmut mittlerweile zu mehr als 60 % zerstört. Auch in der benachbarten Kleinstadt Soledar gebe es starke Zerstörungen und Kampfhandlungen. Aus beiden Städten wurden am 08.01.23 zivile Todesopfer und Verletzte gemeldet. Raketenangriffe durch russische Streitkräfte seien am 08.01./09.01.23 laut ukrainischen Angaben zudem in den Gebieten Charkiw, Cherson, Saporischschja und Dnipropetrowsk vorgefallen; bei einem Luftangriff auf die Kleinstadt Schewtschenkowe im Gebiet Charkiw am 09.01.23 seien laut Angaben regionaler Behörden sieben Zivilpersonen verletzt worden. In der Stadt Makijiwka nahe der Großstadt Donezk seien in der Neujahrsnacht bei einem ukrainischen Raketenangriff laut Angaben beider Kriegsparteien zahlreiche Angehörige

der russischen Streitkräfte ums Leben gekommen; das russische Verteidigungsministerium gab am 04.01.23 bekannt, 89 Tote identifiziert zu haben, die ukrainische Seite sprach von 400 Getöteten und 300 Verletzten. Putin teilte am 05.01.23 laut Medienberichten im Gespräch mit dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan mit, dass die ukrainische Anerkennung der von Russland annektierten süd- und ostukrainischen Gebiete die Voraussetzung zur Aufnahme von Friedensverhandlungen sei. Laut Angaben des ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal seien durch das Kriegsgeschehen inzwischen 250.000 Quadratkilometer Landfläche vermint, was rd. 40 % der gesamten Landesfläche entspreche.

Generalmobilisierung und Wehrdienstentziehung

Laut Angaben des ukrainischen Grenzdienstes vom 30.12.22 seien rd. 12.000 wehrdienstpflichtige Männer bei Grenzübertrittsversuchen gefasst worden; 15 Personen seien bei Fluchtversuchen über die Staatsgrenze ums Leben gekommen. Aufgrund der verhängten Generalmobilisierung und des geltenden Kriegsrechts ist es Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren mit Ausnahme bestimmter Personengruppen nach wie vor nicht gestattet, die Ukraine zu verlassen. Die Generalmobilisierung und das Kriegsrecht in der Ukraine sind derzeit bis zum 19.02.23 in Kraft.

Venezuela

Investigativrechercheserie Armando.info zu Verschwindenlassen, geheimen Häusern und Folter

Eine Investigativrechercheserie des Portals Armando.info veröffentlicht im Dezember 2022 basierend auf vierzehn Zeugenberichten zu Verschwindenlassen, geheimen Häusern (casas clandestinas/ casas de seguridad) und Folter bestätigt jüngste Berichte der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zu Venezuela sowie internationaler und nationaler NGOs. Geheime Häuser, vielfach in Wohngegenden in und um die venezolanische Hauptstadt gelegen, dienten den Befragten zufolge als Orte außerhalb der Kontrolle der Justiz. Dorthin würden politische Oppositionelle immer wieder im Rahmen des gewaltsamen Verschwindenlassens verbracht werden, um vor der offiziellen Übergabe an die Justizbehörden mittels Folter oder unmenschlicher Behandlung Informationen zu erlangen. Bereits seit etwa einem Jahrzehnt gäbe es entsprechende Orte, die insbesondere von der Generaldirektion für militärische Spionageabwehr (DGCIM) genutzt würden, seit 2018 habe deren Einsatz jedoch zugenommen. Zudem seien einige dieser Orte, wie ein Bauernhof in La Mariposa südwestlich von Caracas, mittlerweile halbamtliche Sitze des DGCIM geworden; viele genutzte Gebäude seien vorher von kriminellen Gruppierungen besetzt gewesen. An den Akten unmenschlicher Behandlung in entsprechenden Zentren seien Zeugenberichten zufolge zudem auch kubanische Staatsangehörige und teilweise bewaffnete Zivilpersonen, sog. Colectivos, beteiligt. Auch Familienangehörige von Menschen, die in diese Zentren verbracht worden sind, würden während deren Verschwindenlassen mitunter Opfer von Repressalien oder selbst dorthin verbracht, um Informationen über den Aufenthaltsort gesuchter Oppositioneller zu erhalten. Auch in den Bundesstaaten Carabobo, Cojedes und Táchira gäbe es Hinweise auf entsprechend genutzte Häuser. Einem Bericht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen 2022 zufolge fände Aufklärung in der Regel selten statt, es seien vielmehr Einzelfälle in denen ermittelt bzw. jemand für entsprechende Taten verurteilt werde.

Bericht Espaja.com (Transparencia Venezuela): Restriktionen im Bereich Informationsfreiheit, Geheimhaltung

In einem Bericht zu eingeschränkter Informationsfreiheit und Geheimhaltung als Regierungsstil (Opacidad en Venezuela: una forma de gobernar) stellt das Verifikationsportal Espaja.com, ein Projekt der NGO Transparencia Venezuela, besonders seit 2016 eine regierungsseitige Steigerung der Geheimhaltung offizieller Zahlen fest. Wenngleich die venezolanische Verfassung (Art. 58, 141 und 143) Informationsfreiheit und den Zugang zu öffentlichen Informationen garantiert, seien deren Zurückhaltung, Zensur und Intransparenz laut Bericht seit mindestens acht Jahren gängige Praxis. So wurden epidemiologische Berichte und Sterblichkeitsindizes seit 2016 nicht mehr publiziert. Der letzte Bevölkerungszensus datiert von 2011; Budgets, Bilanzen der einzelnen Ministerien sowie Sozial- und Wirtschaftsindikatoren werden teilweise nur sporadisch veröffentlicht und erschweren eine realistische Einschätzung der sozioökonomischen und humanitären Lage im Land. Zwar versuchten diverse NGOs das Informationsvakuum in verschiedenen Bereichen zu füllen, jedoch seien deren Möglichkeiten im Vergleich zu staatlichen Kapazitäten häufig eingeschränkt. Auch der Zugang zu und Erhalt von sozialen Leistungen bzw. gewisse Antragsprozesse seien mittels veröffentlichter, staatlicher Informationen mitunter nicht klar nachvollziehbar.

Opposition: Wahl eines neuen Führungsgremiums, Haftbefehle gegen Beteiligte

Nachdem die zersplitterte venezolanische Opposition in der letzten Dezemberwoche 2022 für die Absetzung der sog. Interimsregierung von Juan Guaidó (vgl. BN v. 02.01.22) gestimmt hatte, hat das 2015 gewählte, aktuell als Parallelparlament im Ausland fungierende Organ am 05.01.23 eine neue Führung bestimmt, welche eine fünfköpfige Kommission zur Verwaltung der ausländischen Vermögenswerte einsetzen soll. Die drei Mitglieder des neuen Führungsgremiums der Parteien Primero Justicia, Un Nuevo Tiempo und Acción Democrática befinden sich aktuell im Exil. Am 07.01.23 wurde offiziell Haftbefehl gegen die Anführerinnen der Opposition erlassen. Präsidentin Dinorah Figuera sowie den beiden Vizepräsidentinnen Marianela Fernández und Auristela Vásquez werden u.a. Amtsanmaßung, Verrat sowie „Korruptionsdelikte im Zusammenhang mit der illegalen Einsetzung einer parlamentarischen Scheinkommission, die für den Diebstahl venezolanischer Vermögenswerte im Ausland eingesetzt wurde“ vorgeworfen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de